



Ausschuss für Kultur und Medien

3. Sitzung (öffentlich)

9.11.2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | | | | |
|--|---------------------|------------|----------------------------|------------|-----------|
| 1. Kulturpolitische
17. Wahlperiode | Schwerpunkte | der | Regierungserklärung | der | 5 |
| Aussprache | | | | | |
| 2. Medienpolitische
17. Wahlperiode | Schwerpunkte | der | Regierungserklärung | der | 13 |
| Vorlage 17/187 | | | | | |

**3. Demokratie lebe, Demokratie schützen, für Demokratie werben –
Politische Bildung muss alle mitnehmen! 19**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/815

Der Ausschuss kommt überein, sich an der noch zu beschließenden Anhörung im Hauptausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

4. Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden 20

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/818

Der Ausschuss kommt überein, sich an der bereits im Hauptausschuss beschlossenen Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

5. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Herbst-MPK in Bezug auf die Beratungen zum neuen ÖRR-Struktur-Reform-Papier und welche Position nimmt sie zu dem Vorschlag aus dem Bundesland Sachsen-Anhalt ein, die ARD aus Kostengründen aufzulösen? 21

in Verbindung mit

Sachstand zur Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seiner digitalen Möglichkeiten und die Positionierung der Landesregierung dazu und zu den Vorschlägen der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt zum Thema

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/230

6. Verschiedenes**22**

a) Verschiebung eines Sitzungstermins

Der Ausschuss kommt überein, die für den 28. Juni 2018 geplante Ausschusssitzung aufgrund des Jugendlandtags auf den 5. Juli 2018 zu verschieben und als Bedarfstermin vorzusehen.

b) Teilnahme des Ministerpräsidenten an der Dezember-Sitzung des Ausschusses.

c) Nächste Sitzung: 23. November 2017

* * *

Aus der Diskussion

1. Kulturpolitische Schwerpunkte der Regierungserklärung der 17. Wahlperiode

Aussprache

Andreas Bialas (SPD) hält den Kulturteil des Koalitionsvertrags für beachtlich und für den besten Teil dieses Schriftstücks. Er danke Thomas Sternberg, dessen Handschrift man darin erkennen könne, und bedaure, dass dieser nicht Ausschussmitglied sei.

Der Koalitionsvertrag sehe eine Erhöhung der Finanzierung in Höhe von 100 Millionen € verteilt auf die nächsten fünf Jahre vor. Der erste Teil werde im Haushalt für das nächste Jahr abgebildet, wofür er Respekt und Anerkennung zolle. Seine Fraktion hoffe auf baldige Konkretisierung mit Blick auf die Verwendung der zusätzlichen 20 Millionen €, die sich nun in der letzten Titelgruppe fänden.

Die Besetzung des Ministeramts mit Isabel Pfeiffer-Poensgen halte seine Fraktion für den gelungensten Wurf im Kabinett Laschet. Die Fraktion freue sich über die gute Auswahl und sehe der gemeinsamen Arbeit mit Freude entgegen.

Die SPD begrüße die Regierungserklärung ausdrücklich, deren Überbegriffe weitestgehend mit den Vorstellungen und Planungen der SPD in ihrem Wahlprogramm übereinstimmten. Jedoch komme es auf die Konkretisierung an.

Ausweislich ihrer Ausführungen wolle die Ministerin Kunst und Kultur wieder stärker sichtbar machen. In den letzten Jahren seien jedoch so viele Kulturveranstaltungen wie nie zuvor angeboten und besucht worden. Man könne steigende Zahlen verzeichnen, etwa bei Bibliotheken, bei Musikschulen, bei Kinder- und Jugendbegegnungen mit Kultur, bei Veranstaltungen im außerschulischen Bereich oder bei der Eigenbetätigung als Künstler. Die Kulturförderung mache darüber hinaus zahlreiche Angebote für Geflüchtete. Er frage, ob der Kulturrucksack keine Sichtbarmachung von Kultur für diese Altersgruppe dargestellt habe. Auch durch die Ausweitung und Umgestaltung von Jekits hätten mehr Kinder erreicht werden können. Kultur rücke aus Sicht seiner Fraktion nicht durch geänderte Maßnahmen in den Mittelpunkt, da sie von dort trotz vieler Unkenrufe nie verschwunden gewesen sei. Möglicherweise rücke die Ministerin die Kulturpolitik wieder stärker in den Fokus – im positiven Sinne. Die Portigon-Angelegenheit habe auch zu einer verstärkten Wahrnehmbarkeit der Kulturpolitik geführt – jedoch nicht in einem guten Sinne.

Aus externer Perspektive werde Nordrhein-Westfalen als Vorbild, Taktgeber und starker Akteur gesehen. Durch Kulturfördergesetz, Kulturbericht und Stärkung der Wissenschaft im kulturpolitischen Bereich habe viel Vorbildhaftes geschaffen und in die bundesweite Diskussion eingebracht werden können. Zugleich habe man eine gewisse Verzagtheit in der Kulturpolitik von NRW erkennen können, dass diese Vorreiterrolle mit Blick auf einige große Linien und andere kleinteilige Angelegenheiten nicht

angenommen worden sei, etwa beim Kulturschutzgutgesetz, bei der Provenienzforschung, bei der umfassenden sofortigen Anpassung von Tarifentwicklung, bei der dynamischen Förderung bei landeseigenen oder teilweise landeseigenen Betrieben oder bei der engen Kooperation mit den Bildungsträgern. Eine klarere und lautere Stimme Nordrhein-Westfalens bei diesen Themen sei wünschenswert gewesen.

Weiterhin könne er Schwächen beim Marketing erkennen. Zwar habe die alte Landesregierung die Portigon gerettet, jedoch hätten die Ministerin und der Ministerpräsident mit Frank Peter Zimmermann auf der Bühne gestanden und die Rückgabe seiner Geige gefeiert. Die alte rot-grüne Landesregierung habe die Bilder von Andy Warhol verkaufen lassen, und darüber habe man viel gesprochen, während die schwarz-gelbe Vorgängerregierung das Bild von Max Beckmann verkauft habe und darüber wenig gesprochen worden sei.

Er halte gleichwohl die vergangenen Jahre mit Blick auf die NRW-Kulturpolitik für sehr wichtig und sehr entscheidend. Sie umfassten viele Impulse und Sicherungsmaßnahmen, zum Beispiel einen breiten Dialog mit Vereinen, Verbänden, Institutionen, Künstlern, Kulturpolitikern und dem Parlament über die Entwicklung und die zentralen Schwerpunkte der Kulturförderung. Durch Dialog, Partizipation und gemeinsame Planung habe die rot-grüne Landesregierung die Kulturförderung weiter demokratisiert. Dies hätte aus seiner Sicht mit mehr finanziellen Mitteln erfolgen können.

Seine Fraktion wolle wissen, welches Künstlerverständnis, welches Strukturverständnis und mit welchem Kulturbild die Landesregierung ihrer Kulturpolitik zugrunde lege. Die Landesregierung müsse sich fragen lassen, ob sie Künstlergenies und hohe Exklusivität oder den lernenden und arbeitenden Künstler sowie die ihn umgebende Struktur in den Mittelpunkt ihrer Förderung stelle. Werde zukünftig Kultur für 5 % der Bürgerinnen und Bürger gefördert oder Kultur für alle?

Ferner wolle er nähere Informationen über die Kriterien des Theaterpakts erhalten. Handele es sich bei etwa um finanziell-strukturelle Schwierigkeiten von Kommunen und um eine faire Dynamisierung der Tarifentwicklung der Beschäftigten oder um eine wie auch immer definierte Qualität der Häuser?

In der Sicherstellung einer verlässlichen und auskömmlichen Finanzausstattung der die Kultureinrichtungen tragenden Kommunen sehe er ein weiteres Betätigungsfeld der Kulturpolitik. Durch den Stärkungspakt habe die rot-grüne Landesregierung den Kommunen die Möglichkeit für den Kampf um den Erhalt der Kulturinstitutionen gegeben. Die Gefahr halte er jedoch für noch nicht gebannt.

Der Koalitionsvertrag sehe die Einhaltung der Kriterien des Stärkungspaktes vor, was er begrüße. Jedoch sollten nach dem Vertrag die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen gedeckelt werden, was er für sehr schwierig halte. Weiterhin müsse die Schuldenbremse eingehalten werden, was er für richtig erachte. Des Weiteren sei vorgesehen, Entlastungen für besonders arme Städte wie den Soziallastenfaktor nach GFG zu entfernen. Vor diesem Hintergrund könne die neue Landesregierung so viel Geld, wie sie wolle, in den Kulturhaushalt stecken, ohne das Massensterben der kommunalen Einrichtungen verhindern zu können. Er verweise insofern auf eine Warnung des

Städtetages. Er bitte die Ministerin, ihre Stimme entsprechend am Kabinetttisch zu erheben, zumal Kommunalpolitik auch Kulturpolitik darstelle.

Mit § 30 Kulturfördergesetz habe die rot-grüne Landesregierung ein Instrumentarium zur Bindung des Beitrags der Kommunen in einer vereinbarten Höhe bei eigener Förderung des Landes geschaffen, um einen Rückzug der Kommunen aus der Finanzierung zu verhindern.

Zu den genannten Inhalten der SPD gesellten sich die Künstlerinnen- und Künstlerförderung, „Fairer Lohn für gute Arbeit“, der Erhalt der Strukturen und damit die Sicherung des kulturellen Erbes, die Entwicklung der kulturellen Bildung mit dem Leitbild der Kultur für alle sowie die Entwicklung der Wissenschaftlichkeit und die Förderung des Blickes auf die tatsächlichen Verhältnisse in den Kulturdarstellungen und im Kulturbetrieb. Des Weiteren müsse man fragen, inwieweit Kunst und Kultur einen Beitrag zu den großen aktuellen Herausforderungen wie Globalisierung, Digitalisierung, Inklusion, Bewahrung der Demokratie, der hiesigen Verfasstheit und des freien offenen Lebens in Vielfalt leisten könnten. Man müsse überlegen, wie man mittels öffentlicher Förderung Impulse in dieser Richtung geben könne, um gemeinsam mit anderen eine erfolgreiche, gemeinsame und verbindende Geschichte der Menschen in unserem Land erzählen zu können. Hierzu stelle das Kulturfördergesetz bereits einen guten Kompass dar.

Im Folgende wolle er einige SPD-Vorstellungen skizzieren, so zur bildenden Kunst: Entwicklungen in Brauweiler und in Kornelimünster, Ausrichtung der Kunstsammlung, Entwicklung und Einrichtung des Pankok Museums, Margensteuerung, Staatsgarantien im Ausleihverkehr, Sicherung des Jüdischen Museums, Provenienzforschung, Moyland, Archiv für alternatives Schriftgut.

Mit Blick auf Schauspiel, Theater, Oper und Tanz erwähne er die Ausgestaltung des Theater- und Orchesterpakts, die Zukunft der Landestheater, die Theatersammlung NRW, die Opernbühnen für den Nachwuchs, die Stärkung der Schultheater, das Pina-Bausch-Zentrum sowie die Entwicklungen des Tanzlandes NRW.

Mit Blick auf die Musikschulen und Musikkförderung gehe es seiner Fraktion um die Förderung der Landesorchester, die Förderung der Landesjugendensembles, die Musikalisierung im Kitabereich und im Seniorenbereich sowie um die Weiterentwicklung von Jekits, die Förderung von Weltmusik, Populärmusik usw.

In Sachen Literatur, Bibliotheken und Archive liege seiner Fraktion der Ausbau des kreativen Schreibens, die Entwicklung der Literaturbüros, das Projekt „SchreibLand“, die Entwicklungen mit Blick auf das Übersetzerkollegium, die Bibliotheksentwicklungsplanung und die Weiterentwicklung der dritten Orte am Herzen. Dies zeige im Übrigen, dass sich viele der in der kleinen Regierungserklärung genannten Punkte auch in den Vorstellungen der SPD wiederholten. Seine Fraktion zeige sich hinsichtlich eines Bibliotheksgesetzes sehr offen. Als Präsident des Verbandes der Bibliotheken des Landes NRW habe er dieses Thema als Hauptthema der nächsten Jahreshauptversammlung empfohlen.

Auch stünden einige Jubiläen an, Stichworte etwa: Heinrich Böll, Weimarer Verfassung, Else Lasker-Schüler, Friedrich Engels, Ludwig van Beethoven.

In Sachen Erinnerungskultur könne man fragen, wie man Orte der Demokratie entwickeln könne, wie sich § 96 Bundesvertriebenengesetz weiterentwickeln bzw. wie man mit Exilkünstlerinnen und Exilkünstlern in Deutschland umgehe und wie man diese unterstütze.

Seine Fraktion wolle interkulturelle Begegnungen und den Europaaustausch stärken. Man könne sich fragen, wie sich die Verleihung des Staatspreises NRW an Navid Kermani mit den drastischen Kürzungen der Finanzmittel durch die Stadt Köln für die Einrichtung, deren Gründung er anempfohlen habe, verträglich verhalte.

Das Augenmerk seiner Fraktion gelte besonders den Schwerpunkten von Kulturentwicklung, Kulturpolitik, Kulturförderung und den Querschnittsaufgaben, etwa mit Blick auf den Kulturförderplan, auf den Kulturbericht, auf die Digitalisierung in den Kulturbetrieben, auf einen Pakt für Kultur und Hilfe für in ihrer Existenz bedrohte Einrichtungen, auf ein kulturpolitisches Institut zur Verbesserung der Wissenschaftlichkeit, auf Marketingstrategien, auf das „Kulturland NRW“, auf die anstehende Vereinbarung mit den Destinatären der NRW-Stiftungen sowie auf Gendergerechtigkeit, Inklusion und Integration im Kulturbetrieb.

Er freue sich über jeden Punkt, zu dem man sich gemeinsam auf die Reise begeben, zu dem man gemeinsam kämpfen und siegen werde. Seine Fraktion glaube, die Demarkationslinie zwischen Regierung und Opposition werde vermutlich nicht quer durch die Kulturpolitik verlaufen, und stehe für eine vernünftige und ausgewogene Kulturpolitik zur Verfügung. Natürlich werde die SPD für ihre Überzeugungen streiten und ihre eigene Agenda auch in der Opposition verfolgen.

Seine Fraktion wisse, dass die Kunstungläubigen in allen Parteien steckten. Eine breite und überfraktionelle Geschlossenheit mit Blick auf die Zustimmung zur Kulturförderung halte sie immer für wünschenswert.

NRW sei und bleibe ein starkes Land sowie ein starkes Kulturland. NRW habe in diesem Jahrtausend bereits einmal eine schwarz-gelbe Regierung verkraftet. Dabei halte er diese Jahre nicht für die schlechtesten für die Kultur. NRW werde auch die schwarz-gelbe Landesregierung für den Rest der Legislaturperiode verkraften. Ihm sei dabei um vieles bang, nicht jedoch zwingend um die Kultur.

Bernd Petelkau (CDU) schließt sich den Ausführungen von Andreas Bialas insoweit an, als die CDU die Einrichtung eines Kulturministeriums begrüße, sodass der Stellenwert der Kultur besonders hervorgehoben werde, zumal in NRW eine einzigartige Kulturlandschaft mit Blick auf Breite und regionale Vielfalt existiere, die es zu bewahren gelte. Seine Fraktion sei erfreut über die Erwähnung der Breite der Kultur in der kleinen Regierungserklärung, was die Koalitionspartner in ihrem Antrag zur kommunalen Seite der Kultur auch bereits zum Ausdruck gebracht hätten.

Auch habe die Koalition die freie Szene nicht vergessen. Das Zusammenspiel der Institutionen und die breite Vielfalt freier Aktivitäten machten den Reichtum der Kultur in NRW aus. NRW befinde sich im nationalen und internationalen Wettbewerb. In Sachen Sichtbarkeit müsse es das gemeinsame Anliegen sein, den Kunst- und Kulturstandort

Nordrhein-Westfalen offensiv nach außen zu vertreten, da Kultur einen sehr wichtigen Standortfaktor darstelle und bei der regionalen Entwicklung in Deutschland helfe.

Neben dem Erhalt der Breite sollten durch Exzellenzförderung Leuchttürme geschaffen werden, um Sichtbarmachung, Vermarktung und Marketing nicht nur für NRW, sondern für ganz Deutschland auszubauen. Er begrüße die diesbezüglichen Pläne der Ministerin.

Im Ausschuss sollten die entsprechenden Ziele weiter detailliert werden, um die zusätzlichen Finanzmittel optimal für den Kunst- und Kulturbereich am Standort NRW zu verwenden.

Er komme aus Köln und könne sagen, dass das Thema „Kulturförderung“ dort keine untergeordnete Rolle spiele. Der gerade beschlossene Haushalt sehe eine deutliche Stärkung der Kultur vor. Die angesprochene Einrichtung der Akademie der Künste der Welt sei programmatisch im nächsten Jahr absolut gesichert. Es gehe darum, nicht nur den Teil zu nehmen, den die Stadt Köln beisteuere, sondern Drittmittel von Sponsoren einzuwerben. Das habe mit der alten Leitung nicht geklappt, weshalb man sich auf die neue Leitung freue, von der er sich neuen Schwung verspreche.

In Sachen Jubiläen könne die Kölner Seite das Offenbach-Jahr beisteuern. Da Jacques Offenbach nicht nur in NRW, sondern auch in Frankreich gewirkt habe, könne dies vielfältige Anknüpfungspunkte ergeben.

Er hoffe, dass im Ausschuss gemeinsame Lösungen in der Kunst- und Kulturpolitik gefunden würden, um die Kultur auch gegenüber den Haushältern zu stärken. Die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Eckpunkte würden die Debatten zukünftig erleichtern. Seine Fraktion freue sich auf die Zusammenarbeit mit der Ministerin und ihrem Team sowie auf die Zusammenarbeit im Ausschuss. Nach fünf Jahren werde der Kunst- und Kulturstandort NRW deutlich gestärkt sein.

Lorenz Deutsch (FDP) zeigt sich erfreut über die konstruktive Art und Weise der Würdigung des Koalitionsvertrags durch Andreas Bialas und merkt an, dass der Vertrag eine gemeinschaftliche Arbeit von CDU und FDP darstelle.

Auch die FDP wolle dazu beitragen, der Kulturpolitik in NRW den Stellenwert zukommen zu lassen, den diese verdient habe. Die Neuressortierung, die Besetzung des Ministeriums und die Commitments beim Haushalt stellten aus seiner Sicht deutliche Zeichen dar, dass man für die Kultur streite.

Sodann stellt er klar, dass der von Andreas Bialas benutzte Begriff „Theaterpakt“ nicht das Wording der Koalitionsfraktionen darstelle, denn die geplante Initiative diene dem Ausstieg aus dem bisherigen jährlichen Verfahren des Reparaturbetriebs in Richtung einer grundständigen landesseitigen finanziellen Sicherung der Theater- und Orchesterlandschaft.

Auch ihre Fraktion finde viele der angesprochenen Aspekte gut, so **Gabriele Walger-Demolsky (AfD)**. Sicherlich gebe auch Kulturkritiker in den Reihen der AfD. Zwar sei

der Kulturetat nicht der größte Etat, jedoch stehe er in Konkurrenz zu anderen Infrastrukturetats.

Sie spreche sich für eine Stärkung der kulturellen Bildung, etwa in Musikschulen und Büchereien aus. Letztere befänden sich gemäß einem Bericht der Landesregierung in großen Problemen. Die Stadt Bochum unterliege der Haushaltskontrolle, und die dortige Stadtbibliothek könne zeitweise nicht ein einziges Buch anschaffen, da Bücher in dieser Logik Investitionsgüter darstellten. Sie rege an, Lösungen für diese Probleme zu finden. So könne vielleicht das Land insbesondere Städten unter Haushaltskontrolle helfen, um ihnen eine Fortführung ihrer Büchereien zu ermöglichen. Sie betone diesen Bereich, da Büchereien anders als Theater weniger Aufmerksamkeit der Medien erhielten.

Den Fokus ihrer Fraktion stelle die politische Bildung dar, und sie sei sicher, hierbei auch von der SPD Unterstützung zu erhalten.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MWK) dankt für das Kooperationsangebot von allen Seiten. Aufgrund ihrer Erfahrungen im kommunalen Bereich halte sie es für besonders wichtig, dass über große Projekte Einigkeit bestehe. Diese müsse man gut entwickeln, um Auseinandersetzungen um diese zumeist freiwilligen Leistungen der Kommunen gut austragen zu können.

Sie begrüße unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Andreas Bialas die vielen Gemeinsamkeiten, die ihr sehr am Herzen lägen. Als Chefin der Kulturstiftung der Länder habe sie sich weitestgehend politischer Bewertungen enthalten. Zum geplanten Verkauf von Kunstwerken aus dem Besitz der Portigon habe sie damals jedoch – nicht zuletzt aufgrund der Begehrlichkeiten einiger Kämmerer in den Kommunen vor Ort – nicht schweigen können. Sie finde, das damalige gemeinsame Einstehen für die Kunst habe dieser gutgetan, da es nicht zuletzt den Diskurs über grundsätzliche Aspekte vorangetrieben habe.

So solle aufgrund der Empfehlungen der damit befassten Kommission ein Kodex zum Umgang mit Sammlungen öffentlicher Unternehmen bzw. privater Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft erarbeitet und im Ausschuss vorgestellt werden.

Auch die Museen für bildende Kunst hätten sich stärker als bisher zusammengetan. Ihr Haus überlege, wie es Initiativen für bildende Kunst und für weitere Gruppen unterstützen könne. Die Kunstgeschichte in Nordrhein-Westfalen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts solle aufgrund ihrer großen Bedeutung stärker als bisher ins Bewusstsein der Gesellschaft gerückt werden, weshalb sich das Ministerium im Dialog mit entsprechenden Museen, Kunstvereinen und Künstlern befinde.

Als erstes Projekt werde das Ministerium die Förderung von Theatern, Orchestern und freier Szene dem Ausschuss zur Beratung zukommen lassen. Diese Bereiche stellten sich strukturell sehr unterschiedlich dar. Sie wolle die Strukturen von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft stärken. Ausweislich der Daten des Städtetages befinde sich Nordrhein-Westfalen bei der Förderung von Theatern und Orchestern an letzter Stelle in Deutschland. Dies solle nach und nach geändert werden – auch mit Blick auf die Breite und die Fläche in der Fläche.

Auch gebe es erste Überlegungen zum Thema „Spitze“. Nach Fertigstellung eines Konzepts wolle sie dieses mit allen beteiligten Gruppen beraten. Entsprechende Termine seien teilweise bereits organisiert. Sie könne sich vorstellen, ein kompetitives Element bei der geplanten stufenweisen Anhebung einzubauen und sich Gedanken etwa zur Exzellenz von Orchestern zu machen. Im Bereich des Tanzes könne sie auf Vorhandenes ausbauen.

Ihr Haus werde Vereinbarungen mit zu fördernden Städten schließen, die unter anderem vorsähen, dass diese die Fördermittel nicht mit der Einsparung von Eigenmitteln kompensierten. Zur Sicherung der kommunalen Finanzen werde sie alles tun, was sie tun könne, jedoch müsse man aufpassen, sich hierbei nicht zu verheben, da dieses Thema die gesamte Landesregierung betreffe.

Mit Blick auf die Frage nach den Bibliotheken verweise sie auf Überlegungen zum Bibliotheksgesetz. Der im Koalitionsvertrag enthaltene Punkt der dritten Orte weise Bezüge zu kleineren Bibliotheken, Volkshochschulen und anderen Anbietern in Städten oder auf dem Land auf. Ihr Haus werde überlegen, wie dritte Orte durch Synergien zusammengeführt werden könnten, um zu kulturellen Treffpunkten mit Veranstaltungen zu werden, zumal viele dieser Orte allein nicht überlebensfähig seien.

Sie werde dem Hinweis auf das Problem der Anschaffung von Büchern nachgehen. Die Stärkung der kulturellen Bildung halte sie für ein ganz zentrales Thema. In der Vergangenheit habe sich die damalige Schulministerin Sylvia Löhrmann als sehr engagierte Mitstreiterin erwiesen, mit der sie viele gemeinsame Ideen habe entwickeln können. Schulen stellten einen wichtigen Treffpunkt für junge Menschen in Sachen Kultur dar. Gemäß einer Absprache mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Klaus Kaiser werde das Ministerium demnächst Gespräche mit dem Schulministerium aufnehmen, in denen unter anderem die kulturelle Bildung thematisiert werde.

In Musikschulen treffe man „die schon Wachgeküssten“ an, also Kinder, deren Eltern wollten, dass diese ein Instrument lernten. Oftmals stelle die Teilnahme am Musikschulunterricht eine Kostenfrage dar, da dieser in der Regel nicht so preiswert ausfalle, wie es sich die Ministerin wünsche. Alle Kinder könne man jedoch in der Schule erreichen, daher müsse der Schule bei der kulturellen Bildung große Aufmerksamkeit entgegengebracht werden.

Die großen Programme werde ihr Haus prüfen. Vieles laufe damit gut, jedoch solle der Nachsteuerbedarf erhoben werden. Auch die Verstetigung von Angeboten der kulturellen Bildung stelle ein Anliegen dar, weshalb Kooperationspartner wie das Schulministerium gesucht würden.

Die Frage „Kultur für alle oder Kultur für wenige Menschen?“ halte sie für ein Thema von gestern, vielmehr stelle die Frage nach Kultur in der Breite und Kultur in der Fläche in Nordrhein-Westfalen eine große Herausforderung dar. Gleichwohl benötige man Leuchttürme, was auch in ihrem Haus thematisiert werde. Sie wolle keine „Schnellschüsse“ abgeben, sondern solide Vorschläge machen, weshalb einige ihrer Vorstellungen bislang noch im Ungefähren blieben. Im Übrigen gebe es keine Demarkationslinien in der nordrhein-westfälischen Kulturpolitik, jedoch weise sie darauf hin, dass am heutigen Tag vor 28 Jahren die Mauer gefallen sei.

Dr. Nadja Büteführ (SPD) wirft ein, dass am 9. November in der deutschen Geschichte auch andere Dinge passiert seien.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MWK) entgegnet, das sei ihr sehr wohl bekannt. Wer ihre Vita kenne, wisse, wovon sie spreche. Sie habe die beste Erfahrung in Deutschland an einem 9. November hervorheben wollen, nämlich den Fall der Mauer.

Vorsitzender Oliver Keymis weist darauf hin, dass sich der Ausschuss spätestens im Rahmen der Haushaltsberatungen auch mit Aspekten von Erinnerungskultur und Denkmalschutz befassen werde.

2. Medienpolitische Schwerpunkte der Regierungserklärung der 17. Wahlperiode

Vorlage 17/187

Alexander Vogt (SPD) stellt einleitend Übereinstimmungen zwischen der kleinen Regierungserklärung im Medienbereich und den Positionen seiner Fraktion fest, etwa beim Erhalt und der Unterstützung von Medien- und Meinungsvielfalt in NRW.

Gleichwohl habe er einige Punkte aus dem Koalitionsvertrag in den Ausführungen des Staatssekretärs vermisst. Zur Stärkung von Journalismus insbesondere im lokalen Bereich habe der Staatssekretär die Relevanz betont, was er, Vogt, für unstrittig halte.

Darüber hinaus solle die Stiftung NRW vor Ort in die Landesanstalt für Medien reintegriert werden. Hierzu wolle er nähere Informationen, zumal die Rechtsform der gGmbH gewählt worden sei, um externe Kooperationspartner zu gewinnen.

Er zeige sich enttäuscht, dass weder der Koalitionsvertrag noch die Rede des Staatssekretärs Aspekte der Stärkung von Journalismus vor Ort enthalte – einzige Ausnahme stellten die Erwähnungen von Initiativen der alten Landesregierung dar.

Die Anerkennung von journalistischer Arbeit als gemeinnützige Tätigkeiten stelle offenkundig eine Herzensangelegenheit der FDP dar, da diese nur im Koalitionsvertrag, nicht jedoch in der kleinen Regierungserklärung Erwähnung finde. Er wolle über die Planungen der Landesregierung für dieses Feld informiert werden.

Der Koalitionsvertrag sehe Regelungen zur Beitragsstabilität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor. Preissteigerungen durch Inflation oder durch Erhöhungen des Tariflohns führten vor diesem Hintergrund zu einem faktischen Abbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der Ministerpräsident habe sich mit Blick auf die Arbeit von Orchestern ausgeführt, hierfür eventuell einige zusätzliche Beitragscents in Kauf zu nehmen. Daher wolle er, Vogt, Näheres über die Linie der Landesregierung erfahren. Auch begehre er nähere Informationen zur Werbereduzierung und ihre Evaluation beim WDR-Hörfunk.

Er fordere eine Aufrechterhaltung des einmaligen nordrhein-westfälischen Lokalrundfunksystems insbesondere vor dem Hintergrund der Reduzierung der Vielfalt lokaler Medien. Er unterstreiche, dass der Staatssekretär die Wichtigkeit von Lokalradios in seiner Regierungserklärung begrüßt habe. Gemäß der kleinen Regierungserklärung wolle die Landesregierung das Lokalrundfunksystem auf wirtschaftlich tragfähige Füße stellen, was laut der mündlichen Erläuterung des Staatssekretärs nicht ohne Schmerzen geschehen werde. Er frage den Staatssekretär, wie er diese Aussage gemeint habe und wie er zu dem Ergebnis gelange, dass das jetzige System nicht auf wirtschaftlich tragfähig ausfalle und ob er das Gesamtsystem für defizitär halte. Im Übrigen weise er darauf hin, dass auch nach jetziger Rechtslage Lokalradios im Onlinebereich tätig werden könnten. Dazu bedürfe es der erwähnten neuen Regelungen nicht.

Der Staatssekretär habe zeitgemäße Angebote der Medienkompetenz gefordert und den Medienpass gelobt. Daher müsse er sich fragen lassen, welche schulischen oder

außerschulischen Einrichtungen nicht zeitgemäß arbeiteten bzw. was für ihn „zeitgemäße Medienkompetenzvermittlung“ bedeute.

Der Ministerpräsident habe erklärt, er wolle zur bewährten Tradition dieses Hauses zurückkehren und den breiten überparteilichen Konsens in der Medienpolitik herbeiführen. In den vergangenen Jahren hätten Abgeordnete der Opposition diesbezügliche Vorschläge der damaligen Landesregierung in Grund und Boden kritisiert. Seine Fraktion wolle mit der jetzigen Situation anders umgehen und auch nach gemeinsamen Wege suchen, wo diese möglich erschienen.

Thomas Nückel (FDP) begrüße, dass Andreas Bialas die Vergangenheit der Kulturpolitik selbstkritisch analysiert habe. Er, Nückel, könnte diese Haltung bei den Ausführungen von Alexander Vogt zu Medienpolitik nicht erblicken. Dessen als Fragen eingekleideten Forderungen kaschierten aus seiner Sicht, dass bei Regierungsübernahme nicht viel von der Vorgängerregierung in Sachen der Zukunftskonzepte in diesem Bereich vorzufinden gewesen sei.

Mit Blick auf das Lokalradio könne man fragen, was in den letzten 2.500 Tagen der rot-grünen Regierung geschehen sei, da aus seiner Sicht Weichenstellungen für das Lokalradio und auch für die Digitalisierung hätten zumindest eingeleitet werden müssen. Untätigkeit habe sich wie Mehltau über die salbungsvollen Papiere der damaligen Koalition gelegt, der es gereicht habe, Schlusslicht auch im Medienbereich zu sein. Er halte die rot-grüne Regierungszeit für eine Phase von Gängelung und Bevormundung.

Gängelungen und Überregulierung habe es etwa auch bei der Landesanstalt für Medien gegeben. Die neue Landesregierung wolle stattdessen mit dem Impuls eines Zukunftskonzepts für den digitalen Hörfunk auf die Beteiligten zugehen.

Die rot-grüne Landesregierung habe es etwa der Medienkommission unmöglich gemacht, die Amtszeit des ehemaligen Direktors Dr. Brautmeier zu verlängern, weil er dieser zu kritisch gewesen sei. Mit aus seiner, Nückels, Sicht zynischen begleitenden Worten habe die rot-grüne Landesregierung das Landesmediengesetz geändert und die Qualifikation als Volljurist zur Voraussetzung gemacht. Ein Mitschöpfer dieser Gängelung, der diese Voraussetzung selbst nicht erfülle, strebe nun das Direktorenamt der Landeszentrale für Medien und Kommunikation in Rheinland-Pfalz an. Er habe für Scheinheiligkeit in der Medienpolitik einen neuen Namen: Eumann.

Er, Nückel, habe Überlegungen der alten Landesregierung zum digitalen Markt und entsprechende Weichenstellungen vermisst. Die NRW-Koalition gehe einen anderen Weg und sehe statt Gängelung eine Stärkung der Rahmenbedingungen und der Innovationskräfte vor. Zwar habe es einige gute Ansätze gegeben, jedoch habe nur eines von zwanzig Entwicklungsstudios für Games in Deutschland seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen. Die Koalition werde den Aufbau eines Exzellenz-Startup-Clusters mit dem Schwerpunkt „Games“ und eine Programmierhochschule für die Fachkräfte von morgen vornehmen.

Dies stelle einen substanziellen Beitrag zur Stärkung auf diesem Zukunftsmarkt dar. Diesen Anspruch verfolge die Landesregierung im Übrigen für alle Medienbereiche.

Dafür müsse man Mut für eine offene Diskussion aufbringen, was die rot-grüne Landesregierung gescheut habe. Darüber hinaus müsse man im Austausch mit den Beteiligten über den Tellerrand hinausblicken. Im Übrigen stelle der neu eröffnete Medieneencampus einen wichtigen Impuls dar.

Er erinnere daran, dass die rot-grüne Landesregierung ursprünglich mit Blick auf die damalige Stiftung für Vielfalt und Partizipation vorgesehen habe, auch Redaktion und Recherche zu finanzieren. Die Stiftung werde indes in der Form einer gGmbH geführt. Er sehe die Reintegration der Stiftung als Beitrag, die LfM von überbordender Regulierung zu befreien, ohne das bestehende Angebot zu schmälern.

Das Thema „Gemeinnützigkeit des Journalismus“ habe die FDP-Fraktion auf den Weg gebracht. Es handele sich nicht nur um ein Herzensanliegen der Liberalen, sondern auch vieler Journalisten. Die Abgrenzbarkeit zwischen gemeinnützigen und kommerziellen Aspekten werde von Finanzämtern immer wieder kritisch hinterfragt.

Er hoffe im Übrigen auf eine konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss.

Andrea Stullich (CDU) legt zur Wirtschaftlichkeit von Lokalradios dar, einige Radiostationen hätten erhebliche Vorlaufverluste zu verzeichnen. Die Wirtschaftlichkeit der Lokalradios bemesse sich an der Summe dessen, was einzelne Stationen beizutragen im Stande seien. Sie habe 18 Jahre für den Lokalfunk gearbeitet und wolle diesen zukunftsfähig und zukunftsfest machen. Darüber hinaus solle er vernünftige wirtschaftliche Grundlagen erhalten.

Die Diskussion über das Zweisäulenmodell sei mit Schmerzen für alle verbunden, die glaubten, sie könnten so weitermachen, wie sie es in den letzten 30 Jahren getan hätten. Sie sehe allerdings eine große Bereitschaft bei allen Beteiligten, sich um diese Herausforderung zu kümmern. Das habe sich die Landesregierung im Übrigen für diese Legislaturperiode vorgenommen.

Ihre Fraktion wolle die übrigen Ausschussmitglieder beim Zuhören, Entscheiden und Handeln mitnehmen und setze auf Kooperation. Die geplanten Vorhaben, Lokalfunk und Medienlandschaft zukunftsfähig zu machen, brauchten Zeit, weshalb ihre Fraktion die vom Staatssekretär genannten Schwerpunkte begrüße. Insbesondere erachte sie es für eine Kernaufgabe, die richtigen Rahmenbedingungen für eine vielfältige, qualitätsvolle und transparente Medienlandschaft aufzustellen. NRW brauche Medienvielfalt, jedoch unter fairen Wettbewerbsbedingungen.

Ihre Fraktion werde solide arbeiten, „Schnellschüsse“ verböten sich insofern.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) fragt mit Blick auf die Äußerungen des Staatssekretärs, die Landesregierung wolle alle demokratischen Parteien zur Mitarbeit einladen, nach, ob dieser im Landesparlament nichtdemokratische Parteien sehe.

CdS StS Nathanael Liminski erläutert unter Verweis auf die Ausführungen von Thomas Nüchel die Beweggründe der Koalitionspartner, eine Reform mit Blick auf den

Lokaljournalismus und die Stiftung NRW vor Ort vorzusehen. Aus Sicht der Landesregierung habe die Stiftungskonstruktion bislang keinen Mehrwert generiert. Nach seinem Kenntnisstand sei das geplante Anwerben externer Partner bislang nur sehr überschaubar gelungen. Die unnötige Bürokratie halte die Landesregierung für unnötig.

Erklärtes Ziel der Landesregierung stelle eine Stärkung der Landesanstalt für Medien dar. Das Stiftungsgebilde führe dazu, dass einige eigentlich für die LfM vorgesehene Finanzmittel vorab abgezogen würden. Die Landesregierung bringe dem nachgeordneten Bereich großes Zutrauen entgegen. Die LfM werde die Finanzmittel klug einsetzen. Daher wolle die Landesregierung dies nicht durch Sonderstrukturen unnötig erschweren. Die Landesregierung habe explizit erklärt, dass die mit der Stiftung verbundenen Aufgaben künftig von der Landesanstalt für Medien wahrgenommen werden sollten.

Neben der Fraktion der FDP hätten auch SPD und Grüne Anträge zur Gemeinnützigkeit in der Vergangenheit eingebracht. Bei der Zielsetzung könne er den überparteilichen Konsens erblicken, guten Journalismus so flächendeckend wie möglich zu erhalten und dies durch möglichst staatsferne Finanzierungsmodelle zu ermöglichen. Die Gemeinnützigkeit könne hierzu einen Weg darstellen. Die rechtliche Ausgestaltung des Themas obliege jedoch der Bundesregierung.

Die Landesregierung wolle den Dialog mit der neuen Bundesregierung suchen. Darüber hinaus erwäge die Landesregierung, zur Vorbereitung ein Gutachten erstellen zu lassen, um praktische Fragen zu klären. Er werde den Ausschuss über eine diesbezügliche Entscheidung in Kenntnis setzen.

Die Ministerpräsidentenkonferenz habe im Oktober 2016 unter Mitwirkung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft den öffentlich-rechtlichen Anstalten den Auftrag gegeben, die Strukturen mit dem Ziel der Beitragsstabilität zu optimieren. Ende September hätten ARD, ZDF und Deutschlandradio entsprechende und auf Gremienbeschlüssen basierende Berichte zu Optimierungspotenzialen vorgelegt. Diese entsprächen jedoch noch nicht den notwendigen Einsparungen.

Die Frage nach der Beitragsstabilität zu stellen, bedeute aus seiner Sicht, das Pferd vom falschen Ende her aufzuzäumen. Bei laufenden Überlegungen der Anstalten zu Kostensenkungen solle von Änderungen bei den Beiträgen abgesehen und das Ende der Diskussion abgewartet werden. Jedoch sehe er die Notwendigkeit, zu einer klaren und im Länderkreis abgestimmten Antwort zu kommen. Im Übrigen verweise er auf den schriftlichen Bericht zur Ministerpräsidentenkonferenz.

Die Forderung der Vorgängerregierung, Werbezeiten zu reduzieren und Rundfunkgebühren nicht zu erhöhen, stelle aus seiner Sicht die Quadratur des Kreises dar. Er pflichte Alexander Vogt bei, mit einer absoluten Beitragsstabilität seien tiefe Einschnitte im öffentlichen Rundfunk verbunden. Die rot-grüne Vorgängerregierung habe sich strikt geweigert, mit Blick hierauf Antworten zu liefern. Sie habe lediglich die beiden eben vom Staatssekretär genannten Ziele postuliert. Im Ergebnis habe dies zu einer riesigen Finanzierungslücke geführt. „Evaluierung“ bedeute für die neue Landesregierung, die bereits durchgeführte erste Welle der Werbezeitenreduzierungen und

die für Anfang 2019 anstehende zweite Welle mit Blick auf die Folgen auf die Rundfunkgebühren, auf Wechselwirkungen zwischen privatem und öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auf verlässliche Zahlen zum tatsächlichen Nutzen für den privaten Rundfunk zu untersuchen. Auf dieser Grundlage solle über den weiteren Umgang mit der Werbezeitenreduzierung nachgedacht werden.

Diese Diskussion um die Werbezeitenreduzierung stelle sich im Länderkreis als einmalig dar. Gleichwohl habe der Landtag parteiübergreifend einen entsprechenden Wunsch geäußert. Wenn man sich über Werbezeitenreduzierung abseits von Staatsverträgen mit Blick auf das WDR-Gesetz unterhalte, müsse man sich bewusst sein, dass eine solche den WDR einseitig treffe.

Der Ruf nach Reformen bei den Lokalradios stamme aus dem Kreis der Betroffenen. Der Ansatz zu einer Reform zu kommen, sei ausweislich vieler Gespräche der Landesregierung mit den Betroffenen sehr positiv aufgenommen worden. Auch dort werde die Notwendigkeit gesehen, das bewährte System zukunftsfest zu gestalten.

Er habe die Formulierung, „das werde Schmerzen mit sich bringen“, verwendet, um zu verdeutlichen, dass aus Sicht der Landesregierung mit der Strategie 2022 ein großer Wurf gelingen solle. Das Ziel der Landesregierung bestehe darin, die Akteure zu ermuntern, das einmalige nordrhein-westfälische Modell zukunftsfest zu machen und Vorstellungen zur Ausgestaltung des Systems mit Blick auf die Jahre 2030 oder 2040 zu entwickeln. Die Landesregierung werde für einen Rahmen für diese Gespräche sorgen.

Die zeitgemäße Gestaltung von Medienkompetenz stelle aus seiner Sicht eine dauerhafte Aufgabe dar. Er habe positive Medienkompetenzprojekte der Vorgängerregierung erwähnt. Mit Blick auf Digitalisierung und andere gesellschaftliche Fragestellungen müsse über die Vermittlung von Medienkompetenz insbesondere an junge Menschen nachgedacht werden. Hierzu werde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt. Eine Beratungsunterlage hierzu sei an die entsprechenden Ministerien verschickt. Über das Thema werde in der nächsten Staatssekretärskonferenz und danach im Kabinett beraten.

Der überparteiliche Konsens stelle aus seiner Sicht das Ziel für jede Ausschuss- und Plenarsitzung dar. Früher seien WDR-Gesetze fraktionsübergreifend beschlossen werden. Er finde, dass es der Medienpolitik guttue, wenigstens den Versuch zu unternehmen. Entsprechend laute das Angebot der Landesregierung. Wie das Hohe Haus darauf reagiere, obliege seiner Entscheidung. Diese Passage der Regierungserklärung stelle insbesondere eine Ankündigung über den Stil dar, den die Landesregierung zukünftig pflegen wolle. Das Parlament solle möglichst frühzeitig in Gesetzgebungspläne eingebunden und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dies diene dem Ziel, große Teile der Medienpolitik möglichst streitfrei und parteiübergreifend zu gestalten.

Inwieweit sich Parteien als Parteien im demokratischen Spektrum verstünden, sei diesen selbst überlassen. Wenn sich die AfD als demokratische Partei wahrnehme, könne sie sich seinem Aufruf anschließen und zum Konsens beitragen.

Oliver Keymis (GRÜNE) erläutert zur Film- und Medienstiftung, seine Fraktion sehe Zusammenhänge mit großen Playern wie dem WDR und der Bertelsmann-Gruppe. Die Eröffnung des Mediacampus resultiere etwa aus einem Politikansatz, der sich durch das gemeinsame Betrachten medienpolitischer Aspekte auszeichne. Er wolle wissen, ob es Hinweise gebe, dass dieses Thema über die im Bericht genannten Aspekte hinaus eine Rolle spiele.

CdS StS Nathanael Liminski unterstreicht die wichtige Rolle Nordrhein-Westfalens als Filmproduktionsland für die Medienpolitik der Landesregierung.

Das komme etwa mit Blick auf die Verhandlungen der Bundesländer zum Telemedizinangebot zum 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrag zum Ausdruck. Nordrhein-Westfalen setze sich dafür ein, dass die Entlohnungsmodelle durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten vorher verbindlich geklärt sein müssen. Das habe Nordrhein-Westfalen als Bedingung für die Zustimmung zum Telemedizinangebot gemacht. Dies habe insofern Wirkung gezeigt, als die Gespräche zwischen ARD und Filmproduzenten noch in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen werden könnten und ein Entlohnungsmodell ähnlich wie beim ZDF umgesetzt werde.

Weiterhin komme dies durch die im Haushalt 2018 vorgesehene Steigerung des Etats der Film- und Medienstiftung um 1 Million € zum Ausdruck. Dieses bewusste Signal solle vorbehaltlich der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers in die Branche gesendet werden. Diese Summe stelle nicht das letzte Wort gewesen dar, jedoch habe sie sich mit Blick auf andere Zielsetzungen des Haushalts als realistisches Zeichen erwiesen. Mit dieser Erhöhung wolle man eine Trendwende mit Blick auf die sinkenden Mittel der Vorgängerregierung einleiten.

3. Demokratie lebe, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/815

Der Ausschuss kommt überein, sich an der noch zu beschließenden Anhörung im Hauptausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

4. Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/818

Der Ausschuss kommt überein, sich an der bereits im Hauptausschuss beschlossenen Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

5. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Herbst-MPK in Bezug auf die Beratungen zum neuen ÖRR-Struktur-Reform-Papier und welche Position nimmt sie zu dem Vorschlag aus dem Bundesland Sachsen-Anhalt ein, die ARD aus Kostengründen aufzulösen?

in Verbindung mit

Sachstand zur Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seiner digitalen Möglichkeiten und die Positionierung der Landesregierung dazu und zu den Vorschlägen der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt zum Thema

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/230

Alexander Vogt (SPD) zeigt sich beruhigt, dass die Landesregierung den Plänen der Kollegen aus einem östlichen Bundesland zur Zerschlagung der ARD und zur Abschaffung der Tagesschau eine Absage erteile.

Er wolle nähere Informationen zur Formulierung im Bericht erhalten, der zufolge es bestimmte Regelungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geben müsse, um eine Entfaltung privater Initiativen im Internet nicht zu gefährden.

CdS StS Nathanael Liminski erläutert, die Ministerpräsidentenkonferenz habe sich auf verschiedenen Ebenen intensiv mit dem Thema befasst, was die Landesregierung begrüße. Einerseits gehe es einer Richtung um die zeitgemäße Ausgestaltung des Telemedienangebots, während die andere Richtung zu einer Trennung zwischen audiovisuellen und Printangeboten kommen wolle. Letzteres schlage sich im Konzept des Verbots der Presseähnlichkeit nieder.

Die Landesregierung begrüße den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, da dieser das Konzept der Presseähnlichkeit aufgreife. Die Ministerpräsidenten hätten sich für die nächste Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Februar das Ziel gesetzt, mit der Konkretisierung des Verbots der Presseähnlichkeit weiterzukommen. Die Chefs der Staatskanzleien verfolgten derzeit einen entsprechenden Arbeitsauftrag.

Im Kreis der Bundesländer gebe es darüber hinaus Tendenzen in andere Richtungen. Insofern weise er auf den Vorschlag der Rundfunkreferenten zur CdS-Konferenz in Stralsund hin, der zwar ein Kompromissangebot darstelle, aber aus Sicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht genug Klarheit bringe.

Gleichzeitig wolle man mit dem Beschluss den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbietern mehr Möglichkeiten in Sachen Audio und Video im Internet einräumen, etwa bei den Sieben-Tage-Regelungen und bei eigenständigen Beiträgen, die allein im Internet veröffentlicht würden. Das ZDF gestalte im Übrigen sein Onlineangebot in einer Art, die für die Verleger kein Problem darstelle. In allen Ländern werde darüber gesprochen, zu mehr Klarheit und Trennung zu kommen.

6. Verschiedenes

a) Verschiebung eines Sitzungstermins

Der Ausschuss kommt überein, die für den 28. Juni 2018 geplante Ausschusssitzung aufgrund des Jugendlandtags auf den 5. Juli 2018 zu verschieben und als Bedarfstermin vorzusehen.

b) Teilnahme des Ministerpräsidenten an der Dezember-Sitzung des Ausschusses

Vorsitzender Oliver Keymis informiert den Ausschuss, dass Ministerpräsident Armin Laschet an der Ausschusssitzung am 7. Dezember 2018 teilnehmen werde.

Alexander Vogt (SPD) macht darauf aufmerksam, dass viele SPD-Abgeordnete an diesem Datum am SPD-Bundesparteitag teilnehmen, weshalb bereits eine Übereinkunft über Abstimmung in Fraktionsstärke getroffen worden sei.

c) Nächste Sitzung: 23. November 2017

Vorsitzender Oliver Keymis erinnert an das sehr verkürzte Verfahren für die Haushaltsberatungen des Ausschusses, die am 7. Dezember faktisch abgeschlossen werden sollten. Über Änderungsanträge berate der Haushalts- und Finanzausschuss.

Oliver Keymis
Vorsitzender

27.11.2017/01.12.2017
160